

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: 12.00 Mark
Einzelhefte: 1.00 Mark
Telegraphische Anzeigen: 1.00 Mark

Abonnement: 12.00 Mark
Einzelhefte: 1.00 Mark
Telegraphische Anzeigen: 1.00 Mark

Nr. 219

Dienstag, den 19. September 1922

17. Jahrgang

Eine demokratische Wirtschaftstagung.

Am 16. und 17. September hat in Eisenach die Hauptversammlung des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Partei stattgefunden. Für alle die zahlreich aus allen Teilen des Reiches erschienenen Teilnehmer — 282 Stimmberechtigte — werden diese beiden Tage in dauernder Erinnerung bleiben. Kam doch hier seitens der Kreise des deutschen Wirtschaftslebens, die sich rückhaltlos zur demokratischen Republik bekennen, ein tief innerliches Bekenntnis der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinschaft aller Volksträfte zum Durchbruch, wurde doch hier ein klares Bekenntnis dafür abgegeben, daß Ziel und Streben alles wirtschaftlichen Handelns erst seine Weihe und seinen wesentlichen Inhalt dadurch erhält, daß es dem staatlichen und kulturellen Fortschritt dient.

Gesch. Rat Wieland, der Vorsitzende des Reichsausschusses, betonte in seiner Eröffnungsansprache, wie stark die sittliche Verpflüchtung des privatwirtschaftlichen Unternehmers ist, wenn er heute in all den Wirtschaftskrisen sein Recht fordert und darauf dringt, daß die Grundlagen seiner Existenz und seiner Wirksamkeit: Arbeit, Kapital und Unternehmerinitiative erhalten bleiben. Der Abg. Dr. Fischer, der zum Schluß der Tagung die Ergebnisse der Beserate zusammenfaßte, konnte mit Recht diese Gedanken als das Ergebnis und die tiefe wertvolle Gabe dieser Tagung an jeden einzelnen Teilnehmer bezeichnen.

Die besondere Bedeutung der Tagung kam auch dadurch zum Ausdruck, daß zahlreiche Führer des deutschen Wirtschaftslebens sich unter den Teilnehmern befanden. So sah man u. a. die Reichstagsabgeordneten Bahrt, Dr. Dernburg, Dr. Fischer, Gothein, Rehnath, v. Siemens, Wieland, die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates Bartschat, Dr. Grund-Breslau, Dr. Köhnenberg-Frankfurt a. M., Professor Schmalenbach, Bögele-Mannheim, Dr. Zellin, den Parteivorsitzenden Senator Dr. Peterlen, den bairischen Staatspräsidenten Hummel, die Finanzminister Heinrich (Hessen) und Dr. Schall (Württemberg) usw. Der Abg. Dr. Fischer-Mün hatte in seinem Referat zum Geschäftsbereich des Ausschusses vorangestellt, daß heute alle unsere wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen in ihrer Auswirkung noch beherrschend bestimmt werden von den Fragen der Reparationspolitik und des internationalen Schuldenausgleichs. Wenn es jetzt gelinge, eine Atempause zu gewinnen und auf eine Reihe von Monaten hinaus die deutsche Wirtschaft vor dem dauernden Abfließen wertvollster Kräfte in das Danaidenfaß der Reparationsverpflichtungen zu bewahren, so müßte die deutsche Wirtschaftspolitik in dieser kurzen Spanne Zeit wirksame Maßnahmen ergreifen, um wieder Ordnung in die Wirtschaft zu bringen und die Lebenshaltung des gesamten Volkes unserer wirtschaftlichen Lage entsprechend einzustellen. Nicht durch unendliches Inkultieren die Zeit vergeuden, sondern praktisch und energisch mit positiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Zeit auskosten: das sei die Aufgabe der Industrie. Im einzelnen gab Dr. Fischer einen Überblick über die mit dem Problem der inneren Goldanleihe zusammenhängenden Fragen, besprach die vielerörterte Wiedereröffnung des Bankgeheimnisses und die Aufhebung des Depozitwanges, deutete die Schwierigkeiten der Umwälzung unserer Handelsbilanz an und forderte insbesondere im Verfolg seiner bekannten gefestigten Anträge die Schaffung einer stabilen Rechnungseinheit für das deutsche Wirtschaftsleben als Voraussetzung seiner Gesundung. — Der zweite, für die Hauptversammlung die Grundlage ihrer Aussprache bildende Vortrag von Professor Schmalenbach wies darauf hin, daß Wahrheit und Klarheit wieder in die Betriebsrechnungen einzutragen und daß die Wirtschaft, wenn auch der Geldwert noch unter schwankenden Beeinflussungen leide, doch einen stabilen Rechnungsfaktor erhalten müßte, damit wir für uns selbst und für das Ausland eine klare Erkenntnis über den Betrag unseres volkswirtschaftlichen Schaffens erwerben. Er wies auf die Folgen der Geldentwertung im Zusammenhang mit den Schuldverhältnissen hin, besprach die Ausschöpfung und Zermürbung der Position der Geldkapitalisten, um auf die weiteren starken wirtschaftspolitischen und im engeren Sinne produktionspolitischen Gefahren aufmerksam zu machen, die darin liegen, daß durch eine unklare, verschwommene Preispolitik für alle Unternehmungen, fast jedes Geschäft zu einer Kräfte- und Substanzhergabe von Seiten des Unternehmungskapitals werde. — Eine sehr lebhaft auch noch die Freilunden des zweiten Verhandlungstages in Anspruch nehmende Aussprache brachte zahlreiche Anregungen aus den Kreisen der Teilnehmer und war ein deutscher Beweis für die lebhaften

positive Mitarbeit und für den starken Betätigungswillen, der die Kreise des Reichsausschusses befeuert.

Die Tagung wurde mit einer wirtschaftlichen Kundgebung abgeschlossen, zu der auch noch Hunderte von Parteifreunden aus Thüringen als Gäste erschienen. Hier sprach zuerst der Parteivorsitzende Senator Peterlen. Er betonte mit Nachdruck, daß die Deutsche Demokratische Partei berufen sei, die hohen Ideale des alten Liberalismus im neuen Deutschland zu verwirklichen, und daß sie auf wirtschaftlichem Gebiete einen sozialen Geist zur Grundlage aller ihrer Arbeit zu machen habe. Er feierte den erfindenden Geist des Einzelunternehmers als die Keimzelle aller aufstrebenden wirtschaftlichen Entwicklung und wies darauf hin, in wie ungeheurem Maße der wirtschaftliche Aufstieg die nationalen und kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten eines Volkes befruchte. Sein warmer Appell an die in der Deutschen Demokratischen Partei vereinigten Wirtschaftler, auch weiterhin treue und unbedingbare Begleiter der Deutschen Demokratischen Partei zu sein, wurde mit stürmischem, immer wiederholtem Beifall aufgenommen.

Der Reichstagsabgeordnete Rehnath sprach dann noch über die Gegenwartsaufgaben der deutschen Außenhandelspolitik. Hier legte er eine der wenigen Möglichkeiten, wo mit eigener Initiative und mit eigener ungeschützter Kräfte der Wirtschaft neue Aufstiegschancen bereitet werden könnten. In klaren Richtlinien zeigte Rehnath die Bedingungen solcher wirtschaftlichen Aufbaupolitik, um unter starkem Beifall der Versammlung festzustellen, daß auch hier das höchste Gebot Geltung habe, daß jedes Streben des Einzelnen Recht und Inhalt erst durch seine Wirkung für das Staatsganze erhalte. — Der daran anschließende Vortrag des Abgeordneten C. v. Siemens über Probleme der deutschen Industriepolitik war von einer auf die Verflammerung tiefen Eindruck machenden inneren Klarheit die Quellen des geminderten Ertrages unseres volkswirtschaftlichen Schaffens und die ungeheure Tragik, die sich heute in den Geschicken des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft vollzieht. Tief ergreifend war die Wirkung der Schlussworte seines Vortrages, in denen er an Deutschlands Wirtschaftler und an die Volksgemeinschaft den Appell richtete, durch hingebende Arbeit und durch die Einstellung des Einzelnen auf die hohen nationalen Pflichten die innere politische Grundlage dafür zu schaffen, daß der gegenwärtigen Generation die Überwindung schwerster Not ermöglicht werde, damit ein kommendes Geschlecht anerkennen, daß die heutigen Wirtschaftler zum Besten des Staates und zum Besten der nationalen und kulturellen Zukunft Deutschlands ihre Pflicht erfüllt haben.

Das zusammenfassende Schlusswort der Kundgebung, das der Abg. Dr. Fischer sprach, griff diesen ethischen Appell auf. Die Verlesung der nachfolgenden von ihm vorgelegten Kundgebung löste immer wiederholten stürmischen Beifall aus, der sich nochmals steigerte, als zum Abschluß der Tagung Gesch. Rat Wieland die einstimmige Annahme dieses Appells der demokratischen Wirtschaftstagung an Deutschlands Wirtschaftler feststellte:

Die Eisenacher Tagung des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Partei war von der ernststen Ueberzeugung beherzigt, daß die Gesundung der deutschen Wirtschaft und damit der Wiederaufbau des deutschen Staates die Hingabe aller sittlichen Kräfte der Volksgemeinschaft zur Voraussetzung hat. Aus dieser Erkenntnis heraus richten die im Reichsausschuss vereinigten demokratischen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe die eindringliche Mahnung an alle Kreise des erwerbstätigen Deutschlands, diesen sittlichen Willen durch ein staatsfreundliches, opferbereites Bekenntnis zum neuen republikanischen Deutschland zur Tat werden zu lassen. Stärker als bisher müssen alle an der Wirtschaft Beteiligten das eigene wirtschaftliche Interesse in den Dienst der Gesamtheit stellen und durch würdige Einfachheit auch in der Lebensführung den Ernst der Zeit bekunden.

Der Kampf um höhere Getreidepreise.

Der Ausschuss zur Festlegung der Preise für Umlagegetreide hat am Sonntag mit elf gegen drei Stimmen bei Stimmhaltung der sozialistischen Mitglieder und der Deutschnationalen beschlossen, die Umlagepreise entsprechend den Indexnummern für August, September und Oktober festzulegen. Die Durchführung dieses Beschlusses, der eine Vervierfachung des vom Gesetz für das erste Drittel der Umlage festgelegten Preises bedeutet, wurde von der Regierung unterläßt. Zu Beginn der Ausschussung erklärte der Reichsernährungsminister Behr, eine Erhöhung der Preise für das

erste Drittel sei notwendig, da die Geldentwertung die Preise für freies Getreide gewaltig gesteigert habe. Dagegen erhoben die Vertreter der sozialistischen Parteien lebhaften Widerspruch. Der sächsische Wirtschaftsminister Felsisch betonte, daß der Ausschuss keinerlei Recht habe, aber die Preise des ersten Drittels Beschlässe zu fassen. Der Ausschuss habe nur eine Begutachtungstätigkeit für die Preise des ersten und zweiten Drittels. Der unabhängige Sozialdemokrat Herz betonte, der Beschluß einer Erhöhung für das erste Drittel müsse von entscheidender politischer Bedeutung für die künftige Stellung der sozialistischen Parteien zur Regierung sein.

Hierzu meint der Vorwärts, der Augsburger Parteitag werde sich bei dieser Sachlage wohl die Frage vorlegen, ob es angesichts einer solchen Koalitionspolitik möglich sei, die Umtriebe einer erstarkenden Privatwirtschaft mit dem Namen und dem Ansehen der Partei im Reichstage zu decken.

Arbeitsstreckung statt Entlassung.

Bei Gefahr von Betriebs Einschränkungen. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die wirtschaftliche Unsicherheit infolge des Marksturzes und insbesondere die Erschwerungen im Bezug ausländischer Rohstoffe haben stellenweise die Gefahr einer Verminderung der industriellen Tätigkeit nahe gerückt. Dies gibt Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Bestimmungen über die Pflicht zur Arbeitsstreckung noch in Kraft sind. Nach § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 218) dürfen Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl nur vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebs keine Vermehrung der Arbeitsleistung durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann. Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers nicht unter vierundzwanzig Stunden herabgesetzt zu werden. Gegebenenfalls kann der Arbeitgeber Lohn oder Gehalt der verkürzt arbeitenden Arbeitnehmer entsprechend herabsetzen, jedoch erst von dem Zeitpunkt an, an welchem eine Entlassung der betreffenden Arbeitnehmer hätte erfolgen können, wenn die Arbeitsstreckung nicht Platz gegriffen hätte. Die Vorschriften der Arbeitsstreckung gelten nicht bei Entlassung von Arbeitnehmern, die nur zu vorübergehender Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck angenommen worden sind. Soweit Entlassungen erfolgen müssen, sind nach § 13 der genannten Verordnung für die Auswahl zunächst die Betriebsverhältnisse maßgebend, sodann Lebens- und Dienstalter, sowie der Familienstand des Arbeitnehmers. Besonderer Schutz ist für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene usw. vorgesehen. Für Streitigkeiten, die aus der Anwendung dieser Bestimmungen entstehen, sind die Schlichtungsausschüsse zuständig.

Reichsbankpräsident Havenstein aus London zurück.

Der Reichsbankpräsident Havenstein ist gestern aus London wieder in Berlin eingetroffen. Einzelheiten über das mögliche Ergebnis der Mission sind noch nicht bekannt, doch scheint man aus der schnellen Rückkehr Havensteins auf einen glatten Verlauf der Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Bank von England. Kurze Zeit nach seiner Ankunft begab sich Havenstein zum Reichskanzler Dr. Brüning, dem er über die Londoner Verhandlungen ausführlich Bericht erstattete. Für nachmittags war eine Sitzung des Reichskabinetts anberaumt, in der Havenstein ebenfalls über seine Beratungen in London Mitteilungen machte. Heute vormittag wird voraussichtlich das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen treten, um sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen Havensteins zu beschäftigen. Nach Abschluß der Beratungen des Reichskabinetts soll sogleich die Beantwortung der belgischen Note erfolgen. Reichsbankpräsident Havenstein war auf seiner Reise vom Staatssekretär Schröder begleitet.

Der sozialdemokratische Parteitag in Augsburg.

Das Delimitiv des sozialdemokratischen Parteitages war: große Koalition von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei, von Stresemann bis Scheidemann. Sie ist in Preußen Wirklichkeit geworden — und man hat mit ihr keine schlechten Erfahrungen gemacht — im Reich hat man sich nahe am Ziel ausnahmsweise, vielleicht, weil innerhalb der Deutschen Volkspartei wesentliche Voraussetzungen nicht eingetroffen sind. Das beherrschende Delimitiv des Parteitages von Augsburg, der mit einem Begrüßungsabend eröffnet worden ist, lautet: Sozialistische Einigung. Es wird immer wieder angeschlagen: in der Begrüßungsrede des Augsburger Simon, kräftiger und tönender in der politischen Rede des Parteiführers Wüller-Granten, in dem Telegramm des Reichspräsidenten Ebert, in dem es heißt, daß die Einigung heute mehr als je eine Lebensfrage der Arbeiterklasse, aber auch ein dringendes staatspolitisches Gebot sei. Es wird fortgesetzt in den